

## **Gabbard droht Obama-Officials mit Strafanzeige wegen Wahl 2016**

Tulsi Gabbard droht mit einer Strafanzeige gegen Obama-Officials wegen ihrer Russland-Bewertung von 2016. Der Konflikt führt zu neuen Spannungen zwischen politischen Lagern.



Der Direktor der nationalen Nachrichtendienste, Tulsi Gabbard, hat am Freitag gedroht, ehemalige Offizielle der Obama-Administration an das Justizministerium zur strafrechtlichen Verfolgung zu verweisen. Dies geschah im Zusammenhang mit der Einschätzung der Geheimdienste zur russischen Einflussnahme auf die US-Wahlen 2016 und stellt ein weiteres Beispiel dafür dar, wie Offizielle vermeintliche Feinde von Präsident Donald Trump angreifen.

### **Entlassung von Dokumenten**

Gabbard veröffentlichte am Freitag deklassifizierte Dokumente, die ihrer Meinung nach beweisen, dass die Geheimdienstoffiziere der Obama-Administration „Intelligenzdaten hergestellt und

politisiert haben, um den Grundstein“ für die FBI-Ermittlungen in Bezug auf Trump zu legen. In einem **Post** erklärte Gabbard, dass sie „alle Dokumente an das DOJ zur strafrechtlichen Verweisung übergeben“ werde, ohne jedoch spezifische Personen zu benennen. Eine strafrechtliche Verweisung bedeutet nicht unbedingt, dass das Justizministerium Ermittlungen oder eine Strafverfolgung einleitet.

## **Ermittlungen gegen ehemalige Geheimdienstleiter**

Zu Beginn dieses Monats berichtete CNN, dass das FBI den ehemaligen CIA-Direktor John Brennan und den ehemaligen FBI-Direktor James Comey wegen möglicher falscher Angaben vor dem Kongress untersucht, nachdem eine Verweisung vom aktuellen CIA-Direktor John Ratcliffe eingegangen war. Dies stand ebenfalls im Zusammenhang mit der Geheimdienstschätzung zur russischen Einflussnahme auf die Wahlen.

Sowohl Gabbard als auch Ratcliffe haben in diesem Monat Dokumente veröffentlicht, um die Einschätzung der Geheimdienstgemeinschaft aus dem Jahr 2017 zu untergraben, laut der Russland in die US-Wahlen 2016 eingegriffen hat und versuchte, Trump zum Wahlsieg über Hillary Clinton zu verhelfen. Diese Schlussfolgerung trug zur langanhaltenden Skepsis Trumps gegenüber der Geheimdienstgemeinschaft bei.

## **Kritik an Gabbards Aktion**

Andere Überprüfungen, wie ein bipartisaner Bericht des Senate Intelligence Committee aus dem Jahr 2020, fanden jedoch keine derartigen Probleme und **stützten die Einschätzung der Geheimdienstgemeinschaft** zur russischen Einflussnahme auf die US-Wahlen 2016.

Demokraten kritisierten Gabbards Veröffentlichung am Freitag

und bezeichneten sie als Versuch, „die Geschichte umzuschreiben“. Der Senator Mark Warner aus Virginia, der führende Demokrat im Ausschuss, erklärte in einer Stellungnahme: „Der Senate Intelligence Committee führte eine bipartisan Untersuchung durch, bei der Hunderttausende von Dokumenten überprüft und über mehrere Jahre hinweg Zeugen vernommen wurden. Die einstimmige, bi-partisanische Schlussfolgerung war, dass Russland in die Wahlen 2016 eingegriffen hat, um Donald Trump zu begünstigen. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, wie die DNI versucht, die Fakten zu manipulieren, die Geschichte neu zu schreiben und das Vertrauen in die Geheimdienste zu untergraben, die sie leiten soll.“

## **Ermittlungen zur Russland-Verbindung der Trump-Kampagne**

Die strafrechtlichen Ermittlungen des FBI zu den Verbindungen der Trump-Kampagne nach Russland begannen 2016 und erstreckten sich bis in die erste Amtszeit von Trump. Sie wurden wiederum zum Gegenstand von Ermittlungen durch den Inspektor des Justizministeriums und durch den Sonderermittler John Durham, der von Generalstaatsanwalt Bill Barr eingesetzt wurde, um auch die Handhabung der Geheimdienste zu untersuchen, die zu den Trump-Russland-Ermittlungen führten.

Die Durham-Ermittlungen endeten ohne Feststellung von Fehlverhalten in der Handhabung der Geheimdienste, brachten jedoch die Anklage gegen drei Personen mit sich, darunter einen ehemaligen FBI-Anwalt, der sich schuldig bekannte, Informationen in einem Überwachungsantrag, der sich gegen einen Mitarbeiter der Trump-Kampagne richtete, gefälscht zu haben.

Dieser Artikel wurde von Shania Shelton für CNN unterstützt.

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**